

Ehrenamtliche Arbeit ist prima und muss gefördert werden – da sind sie sich alle einig: ob in Regierungskreisen, Wohlfahrtsverbänden oder Hospizbewegung. Persönlich kann das sinnvoll sein und Spaß machen. Doch im Berufsalltag und in der Sozialpolitik gibt es erhebliche Schattenseiten.

Ehre, Amt

Wenn so

Arbeiten für ein Dankeschön

Tag für Tag engagieren sich Millionen von Menschen ehrenamtlich. Viele von uns sind dabei. Wir löschen Brände, helfen bei Unfällen, besuchen Kranke und Hochbetagte. Im Sozial- und Gesundheitswesen leisten die freiwilligen Helfer und Helferinnen 4,5 Milliarden unbezahlte Arbeitsstunden mit einem geschätzten Wert von 109 Milliarden Euro. Seit jeher setzen die traditionellen Wohlfahrtsverbände aufs Ehrenamt. Die unbezahlte Hilfe beim Blutspenden oder in den Kleiderkammern der Arbeiterwohlfahrt ist fest einkalkuliert.

Die Arbeitgeber der Wohlfahrtsverbände sind selbst oft ehrenamtliche Vorstände. Sie werben für den freiwilligen Einsatz. Aber eingebunden in die Regeln von Markt und Konkurrenz, wollen auch sie möglichst billige Arbeitskräfte und beschränkte Arbeitnehmerrechte. Eine lange Tradition haben die Besuchsdienste der rund 15.000 »grünen Damen« im Krankenhaus, der Ersatzdienst im Zivil- und Katastrophenschutz oder die freigestellten Betriebs- und Personalräte als Funktionäre in den Gewerkschaften. Spitzenreiter bei der unentgeltlichen Arbeit sind allerdings die Sportvereine und der Kulturbereich.



Gerlef Gleis

berät behinderte Menschen, um ohne Heim und finanziell abgesichert leben zu können. Er ist Mitbegründer und Mitarbeiter des Vereins »Autonom Leben« in Hamburg.

Ein nicht hinnehmbarer sozialpolitischer Rückschritt! Wir sollen als behinderte Menschen freiwillige und freundschaftliche Hilfen annehmen, bevor professionelle Helfer hinzukommen. So verlieren wir schleichend den Rechtsanspruch auf bezahlte Leistungen und werden wieder zu Almosenempfängern.

Ich will nicht bitten und betteln müssen. Es ist ein himmelweiter Unterschied für das Selbstwertgefühl, für soziale Sicherheit und für ein selbstbestimmtes Leben, wenn ich ein einklagbares Recht auf alle nötigen Hilfen habe. Wir müssen höllisch aufpassen, dass nicht das Gleiche passiert wie im Bereich der Pflege. Im Pflegeversicherungsgesetz steht: Die Pflegekassen und der Medizinische Dienst (MDK) unterstützen und fördern die Pflege und Betreuung durch hauptberufliche und ehrenamtliche Pflegekräfte. Das soll »eine neue Kultur des Helfens und der mitmenschlichen Zuwendung« bewirken. Der Trick: Pflegekassen und Gesetzgeber müssen den Hilfebedarf nur teilweise decken. Wenn behinderte Menschen beim Sozialhilfeträger Anträge stellen, nutzen diese Behörden solche Gesetze. Das »soziale Umfeld« soll helfen – ganz dreist, um Kosten zu sparen. Ob es dieses Umfeld auch konkret gibt, spielt dann keine Rolle mehr.

Arbeiten für den Gemeinsinn

Neuerdings vermitteln vor Ort Freiwilligenagenturen per Telefon und Internet unbezahlte soziale Arbeit. Im »Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement« finden sich die großen Wohlfahrtsverbände zusammen mit Rettungsdiensten, Freiwilligenagenturen, Patientenselbsthilfe sowie spendenden Unternehmen und Landesministerien. Sie wollen gemeinsam das Ehrenamt stark machen, aber ohne Verluste an Qualität und bezahlter Arbeit im sozialen Sektor. Das beschwören alle – besonders in der Politik. Die rot-grüne Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder hat das »bürgerschaftliche Engagement« gelobt und eine Kommission dazu ins Leben gerufen. Gleichzeitig wurde ein gigantischer Sozialabbau betrieben und immer mehr privatisiert. Seither gibt es auch erzwungene 1-Euro-Jobs für Langzeitarbeitslose – durchaus auch in Wohlfahrtsverbänden.

Schwarz-Rot fährt mit schönen Worten fort. »Ohne Ehrenamt funktioniert die Gesellschaft nicht«, verkündete gerade Finanzminister Peer Steinbrück. Die Parolen in den Ministerien sind eindeutig: Wir brauchen mehr Gemeinsinn. Wir retten den Sozialstaat über neu mobilisierte Arbeit, unbezahlte Arbeit.

Frauenarbeit im Ehrenamt

Die Arbeit von Männern ist regelmäßig anerkannter und wird besser bezahlt als die von Frauen. Ihre Berufstätigkeit wird durch Familie und Kindererziehung kaum beeinträchtigt. Weibliche Beschäftigte tragen dagegen mehrheitlich das Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswesen. Oft bleiben sie dabei noch für Haushalt und die Kinder allein zuständig.

Im Ehrenamt ist das ganz ähnlich. Viele Männer sind bei der freiwilligen Feuerwehr oder in Rettungsdiensten aktiv. Auch die Vorstands- und Leitungsfunktionen in den Verbänden oder der politischen Interessenvertretung sind von Männern dominiert, gesellschaftlich anerkannt, öffentlich beachtet und mit Freistellungsrechten ausgestattet.

Die Doppelbelastung von Beruf und Familie schränkt freiwillige Aktivitäten von Frauen ein, besonders wenn Kinder da sind. Obwohl insgesamt weniger Frauen ehrenamtlich engagiert sind, erledigen sie im Sozial- und Gesundheitswesen zwei Drittel der unbezahlten Aufgaben. Die Leitungsebene aber ist nach eigenen Aussagen zum Beispiel der Arbeiterwohlfahrt »absolut männerdominiert«.

Früher war das ähnlich. Soziale Dienste waren bis ins 19. Jahrhundert eine ehrenamtliche Domäne von Frauen. Die unsichtbare Hausarbeit ebenso. Auch als die Pflege zum Beruf der Frauen wurde, waren weniger ihre Fähigkeiten gefragt. Vielmehr ging es um »angeborene« Eigenschaften, die als weiblich angesehen wurden: Dienen, Barmherzigkeit und Berufung. Das hat tiefe Spuren hinterlassen. Da muss sich im Erwerbsleben und im Ehrenamt noch einiges ändern.

Ehrenamt ersetzt qualifizierte Erwerbsarbeit

Die Wohlfahrtsverbände sind heute zu Dienstleistungsunternehmen verkommen. Sie kämpfen um Kunden und Marktanteile. Die Pflegeversicherung verengt dabei unsere Arbeit auf medizinische Versorgung.

Ausgebildet sind wir als Pflegenden aber dafür, den ganzen Menschen zu sehen. Seit den 1970er Jahren wird in der Ausbildung die »patientenorientierte Pflege« großgeschrieben. Die Ansprüche sind gewachsen. Im Alltag lassen sie sich immer weniger umsetzen. Wer zu lange mit der hochbetagten Frau Müller quatscht, gilt als unwirtschaftlich.

Was wir als Ausgebildete nicht mehr schaffen, sollen wieder die Gutwilligen erledigen. Die AWO ergreift die »Initiative Ehrenamt«, das Diakonische Werk findet »Handeln Ehrensache« oder »Ehrenamt als Querschnittsaufgabe«. Die Streichprogramme im Gesundheitswesen reißen die Lücken, die die unentgeltlich Engagierten als Not spüren und aushelfen. Die schönen Leitbilder und Programme im Wohlfahrtsverband dienen dann vor allem der Imagepflege und Mitgliederbindung.

Auch das gibt es: Immer mehr Krankenhäuser werden von Klinikkonzernen profitorientiert geleitet. Sollen die ehrenamtlichen Besuchsdienste dort zum Wohl börsennotierter Unternehmen mit ihrer unbezahlten Sozialarbeit fortfahren?

Weniger verdichtete Arbeit, mehr ganzheitliche Versorgung im Berufsalltag, weniger Markt und Bürokratie – das bleiben wichtige Forderungen. Sonst sind wir als unbezahlt Engagierte bloße Lückenbüßer und als abhängig Beschäftigte auf die reine »Funktionspflege« festgelegt.



Reimer Gronemeyer

arbeitet in der »Aktion Demenz e Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz« mit. Er ist pensionierter Professor für Soziologie.

Wir müssen gegenwärtig mit etwa 1,6 Millionen Menschen mit Demenz rechnen. Ich finde, das ist ein wichtiges soziales Thema – wenn auch nicht sehr beliebt und mit Angst besetzt. Werden diese Menschen gesellschaftlich ausgeschlossen, leiden sie und die Angehörigen. »Aktion Demenz« schaut, was in Kommunen getan werden kann, um das zu verhindern. Wir haben in verschiedenen Städten und Gemeinden Programme diskutiert (www.aktion-demenz.de). Wir zielen dabei vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement, auf neue Nachbarschaft, auf so was eine »neue Kultur des Helfens«. Die Resonanz ist gut. Auf Workshops, Tagungen und öffentlichen Diskussionen zeigt sich ein Problem: Vor allem die »Profis« und »Halbprofis« fühlen sich angesprochen. Leute, die als Apotheker, Krankenschwestern, Behindertenbeauftragte etc. mit der Thematik Demenz befasst sind, lassen sich zu einer weiteren freiwilligen Tätigkeit bewegen. Da hoffen viele auf Problemlösung im eigenen Berufsalltag, auch auf bezahlte Projekte und neue Betreuungsformen. Mir geht das ja anders. Für einen anderen Umgang mit desorientierten oder pflegebedürftigen Menschen in der Nachbarschaft und Stadtteil reicht das aber nicht aus.

von Erika Feyerabend

oder Arbeit?

Soziale Arbeit unbezahlt bleibt



Gefahr für Arbeitslose

Mit dem Spruch »Fordern und Fördern« werden Hartz-IV-Empfänger und -Empfängerinnen zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet. Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass viele dieser Jobs weder einem öffentlichen Interesse dienen noch zusätzlich und wettbewerbsneutral sind. Sie entstehen dort, wo Arbeitsplätze abgebaut wurden und werden.

Zum Beispiel helfen 1-Euro-Jobber im Altenheim beim Essen und bei der Körperpflege. Oder sie backen »zusätzlich« Kuchen für die Heimbücherei. Darüber hat der Bäcker um die Ecke seinen Auftrag verloren und muss seine Gesellen entlassen. Oder sie reinigen »zusätzlich« im Krankenhaus, nachdem die Zeiten für den externen Reinigungsdienst gestreckt wurden. Kommunen, gemeinnützige Vereine und Verbände nutzen die billigen und entrechteten Arbeitslosen. Die arbeitsmarktpolitischen Wirkungen von freiwilliger und von erzwungener Arbeit ohne Lohn, wer kann sie voneinander unterscheiden?

Sozialverträgliche Arbeitgeber?

Auch ganz normale Unternehmen haben die »Zivilgesellschaft« für sich entdeckt. Sie schließen Bündnisse mit bürgerschaftlichen Netzwerken, sie spenden und stiften Geld fürs Gemeinwohl. Doch nicht ganz ohne Eigennutz.

Ein ernüchterndes Beispiel: Pharmaunternehmen sponsern Selbsthilfeorganisationen. Die Manager können hoffen, das Firmenimage aufzubessern und zugleich Marktanteile für ihre Medikamente zu sichern. Besonders chronisch Kranke haben einen »hohen Lebenszeitwert«, weil sie oft jahrzehntelang Tabletten brauchen. Diese Kundenbindung ist wirtschaftlich attraktiv. Das Geschäft mit der Anständigkeit erweist sich auch als neue Möglichkeit, auf Distanz gehende Mitarbeiter/innen neu zu motivieren und misstrauisch gewordene Verbraucher/innen zu beruhigen. Anders als bei Steuern für Gewinne und Gewerbe können die Unternehmen ganz nach eigenem Gusto entscheiden, ob und wohin ihre wohltätigen Finanzströme fließen. So bekommt der vereinte Einsatz der Kranken und ihrer Angehörigen einen bitteren Beigeschmack.

Tipps für Helferinnen und Helfer

Steuervergünstigungen

Ein neues Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wird wahrscheinlich im September den Bundesrat passieren. Dann gilt wohl rückwirkend ab Januar 2007:

- Alle, die für gemeinnützige oder mildtätige Arbeiten Aufwandsentschädigungen bekommen, dürfen 500 Euro im Jahr steuerfrei annehmen.
- Jugendgruppen- und Chorleiter/innen oder Sporttrainer/innen dürfen 2.100 Euro steuerfrei als Übungsleiterpauschale annehmen. Bislang sind das 1.848 Euro.
- Vereine und Wohlfahrtsverbände dürfen an ihre Übungsleiter/innen bis 2.100 Euro steuer- und sozialabgabenfrei zahlen – im Monatsdurchschnitt sind das bis zu 175,- Euro.
- Rentner/innen und Arbeitslose gehen bei diesen neuen Regeln leer aus.

Versicherungsschutz

Wer sich im Sozial- und Gesundheitswesen und kirchlichen Wohlfahrtsverbänden engagiert, ist meistens regulär über die Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege versichert (www.bgw-online.de).

Die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sichern ehrenamtlich Engagierte bei Unfällen und Schäden ab, wenn sie keinen anderen Versicherungsschutz haben (http://callnrw.de/faq/faq_ehrenamt.php).

Die evangelische Kirche versichert Freiwillige bei Unfall und Haftpflicht beitragsfrei und automatisch (www.ekd.de).

Seit Januar 2005 können beispielsweise im Sportverein gewählte Ehrenamtler/innen für 2,73 Euro freiwillig versichert werden.

Nebentätigkeit

Meist wird im Arbeits- oder Tarifvertrag nur die »Nebentätigkeit gegen Entgelt« eingeschränkt (TVöD und TV-L §3). Unbezahlte Arbeit oder ein Amt mit Aufwandsentschädigung brauchen wir dann dem Arbeitgeber nicht einmal anzuzeigen. In unserer Freizeit machen wir, was wir wollen. Für das Bundesarbeitsgericht können unbezahlte Ehrenämter auch nicht durch allgemeine Klauseln oder Zustimmungspflichten in Arbeitsverträgen verboten werden. Problematisch wird es erst dann, wenn unsere Arbeit unter den Anstrengungen in unserer Freizeit leidet. (BAG, Urteil vom 11.12.2001 – 9 AZR 464/00).

Freistellung

Ein politisches Amt, der Einsatz als Schöffe oder bei der freiwilligen Feuerwehr bringen ein Recht auf bezahlte Freistellung mit sich. Doch nur knapp die Hälfte der Berechtigten macht davon Gebrauch. Für die Teilnahme an ver.di-Gremien winken im §27 Abs. 4 TVöD bis zu acht Tage. Die überwiegende Mehrheit der sozial Engagierten verfügt nicht über solche Rechte.

Mitbestimmung

Beim ehrenamtlichen Einsatz von Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes auf Krankenwagen im Rettungsdienst bei einem DRK-Kreisverband hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht nach § 99 Abs. 1 BetrVG.

(BAG, Beschluss vom 12.11.2002 - 1 ABR 60/01)

Bernd Keutsch

ist Krankenpfleger. In der Freizeit arbeitet er seit 30 Jahren als DRK-Rettungsassistent und kennt die Krisengebiete in aller Welt.



Ich bin gerne Krankenpfleger und mache das seit Jahren im Nachtdienst. Was ich hier machen darf, ist geregelt. Was ich machen kann, ist absehbar. Und ich arbeite ausschließlich am Patienten. Beim Rettungseinsatz kann ich die Erstversorgung beim Unfall leisten. Das ist interessant und nichts ist vorhersehbar. Bei den Auslandseinsätzen ist das noch extremer. Manchmal bin ich für drei Monate aus dem Alltagstrott raus – beim 1. Golfkrieg, in Ruanda oder nach dem Tsunami. Ich kriege unbezahlten Urlaub und bin meistens in der ersten Gruppe. Da muss alles erst aufgebaut werden: Stationszelte und der OP. Da habe ich viel mehr mit Technik zu tun und muss ständig improvisieren. Ich kann dort auch mehr entscheiden als im Berufsalltag. Kleine Wundversorgungen zum Beispiel mache ich selbst. Die Hilfe vor Ort ist umfassender. Als ich in Ruanda war, hatte ich mit einem Dolmetscher zu tun. Der sprach perfekt deutsch, weil er hier in Essen ein Elektro-Diplom gemacht hat. Durch den Krieg hat er alle Papiere verloren. Dem konnte ich später sogar Originalpapiere seiner Ausbildung besorgen. Das macht einfach Spaß. Der nächste Einsatz wird die Love-Parade in Essen sein. Wer weiß, was da passiert.

Inge Kunz

kümmert sich im Rahmen des Hospizvereins Omega um die Versorgung Sterbender. Im Kreis Bocholt organisiert sie praktische Hilfen.



Unsere Hospizbegleiter/innen sind meistens Frauen, die es sich leisten können. Sie müssen nicht arbeiten oder haben bereits eine Rente. Viele waren vorher in der Pflege beschäftigt. Wir haben mittlerweile aber auch fünf bezahlte Stellen im Bund (in Bocholt zwei halbe Stellen). Da haben sich frühere Ehrenamtler/innen einen Job gebastelt. Praktisch machen die meisten aber höchstens sechs bis acht Stunden pro Woche Besuchsdienste, Sitzwachen und helfen den Angehörigen. Die machen nichts, was in den anerkannten Leistungsbereich der Pflege fällt. Im Altenheim gibt es manchmal so etwas wie Neid bei den Beschäftigten: »Die Hospizler haben die Zeit, die ich nicht habe.« Viele sind aber auch froh und sagen: »Hoffentlich stirbt die nicht in meiner Schicht.« Heute sind immer mehr Profis in den stationären Hospizen und den ambulanten Palliativnetzen. Ehrenamtliche werden dann nur noch zugelassen, wenn es Engpässe gibt, und nur da, wo es wirtschaftlich uninteressant ist. Aber es gibt noch andere Probleme. Die Sterbebegleiter/innen haben keine Chefs, bekommen kein Geld und tun Gutes. Deshalb sind sie schwer zu kritisieren, auch wenn sie Fehler machen, sich zu wichtig nehmen oder ihre Grenzen nicht sehen.